3. Jahrgang / Nr. 230

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Postscheckkonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H." Breslau.
Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Donnerstag, 13. Oktober 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum im Text 8.— Mk.

Streik der mitteldeutschen Eisenbahner?

Die Eisenbahnverwaltung ist schon immer bekannt als reaktionäre Schrittmacherin im Kampfe des Unternehmertums gegen die Arbeiterschaft. Der allgemeine Ansturm zur Beseitigung des Achtstundentages wird von ihr nicht nur aufs Lebhafteste unterstützt, sondern sie war von jeher Führerin in diesem Kampfe. Durch den niedrigen Wasserstand auf den deutschen Wasserläufen ist die Eisenbahn speziell in Mitteldeutschland stark überlastet. Die Eisenbahndirektion Halle benützt diese Gelegenheit, um den ihr verhaßten Achtstundentag endgültig zu beseitigen und außerdem die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte zu beschränken. Dieses Vorhaben hat eine ungeheure Erregung in den dortigen Eisenbahnerkreisen hervorgerufen; sie sind entschlossen, mit allen Mitteln die reaktionären Anschläge der Eisenbahndirektion und des hinter ihm stehenden Reichsverkehrsministeriums abzuwehren. Statt Verlängerung der Arbeitszeit verlangen sie, daß die noch vorhandenen Arbeitslosen restlos eingestellt werden, um die angehäufte Arbeit zu bewältigen. Da sich bis jetzt das RVM. und die Eisenbahndirektion auf einen schroff ablehnenden Standpunkt stellten, droht sich dieser Kampf um die rein-ideellen Forderungen zu einem großen Streik auszuwachsen, was umso beachtenswerter ist, als sich die Eisenbahner in einer großen materiellen Notlage befinden. Bereits am letzten Sonntag, den 9. Oktober, haben Urabstimmungen über den Streik stattgefunden. Ueber die Sachlage gibt ein von allen drei beteiligten Eisenbahnerverbänden herausgegebenes Flugblatt genauen Aufschluß. Es lautet:

Schon seit längerer Zeit versucht das Reichsverkehrsministerium die durch die Revolution errungenen sozialen Erfolge der gesamten Eisenbahnerschaft wieder streitig zu machen.

Der Minister Groener mit seinem Stab reaktionärer Präsidenten und Geheimräte versucht schon seit längerer Zeit unsere beste Errungenschaft,

den Achtstundentag, in einen zwölfstündigen umzuwandeln

und zwar unter dem Motto „und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt".

Seit der Konferenz des RVM. vom 31. Mai d. J. in Goslar vergeht keine Woche, in welcher nicht irgendwelche Verfügungen vom RVM. erlassen werden, welche die wenigen Rechte der Beamten und Arbeiter systematisch beseitigen. Wir erinnern nur an die Einführung des Zwölfstundendienstes und der geteilten Arbeitszeit. Weiter wollen wir noch darauf aufmerksam machen, daß die Verwaltungen die Rechte der Beamten- und Betriebsräte durch einseitig juristische Auslegungen des Gesetzes schmälern,

ohne mit den Betriebsvertretungen zu verhandeln, werden alle Verwaltungsmaßnahmen gewaltsam eingeführt.

Wie rücksichtslos hierbei die Eisenbahndirektion Halle vorgeht, beweist die Tatsache, daß schon mehrere Kollegen entlassen wurden. Bei den Verhandlungen mit der ED. Halle gab dieselbe eine ausweichende Antwort mit der sich die Organisationen durchaus nicht zufrieden geben können. Aus diesem Grunde haben Bezirks- und Ortsgruppenleiter beschlossen, ihre Mitglieder entscheiden zu lassen, ob sie noch weiter gewillt sind, sich das Vorgehen der ED. Halle im Verein mit dem RVM. gefallen zu lassen oder ob sie diesen Herren einmal durch das letzte gewerkschaftliche Mittel, den Streik, ein Paroli bieten wollen.

Aus diesem Grunde findet eine Urabstimmung über den Streik statt.

Bis zur Stunde liegt zwar noch nicht das Gesamtergebnis der Abstimmung des Direktionsbezirks Halle vor, doch soweit Einzelmeldungen vorliegen, zeigen sie, daß durchschnittlich mit einer **Neunzehntel-Mehrheit für den Streik** gerechnet werden muß. So meldet uns ein Privattelegramm der „Roten Fahne" aus Leipzig:

Abgegebene Stimmen im Bezirk Leipzig 7298, davon für den Streik 6947, gegen den Streik 293, ungültig 158.

Der Kampf in der chemischen Industrie.

Bekanntlich haben vor wenigen Tagen die ausgesperrten Arbeiter der chemischen Werke in Höchst a. M., in Griesheim und Kelsterbach, mit überwältigender Mehrheit das faule Kompromiß, daß ihre Organisationsvertreter mit dem Unternehmertum eingingen, abgelehnt. Die Verbandsbürokratie, die ja für gewöhnlich erklärt, daß bei schlechter Konjunktur nicht gestreikt werden dürfe, und daß Kämpfe für die Zeiten eines besseren Geschäftsganges aufgeschoben werden müßten, zeigt jetzt erst so richtig, daß sie prinzipiell jeden Kampf vermeiden, oder soweit ein solcher von den Unternehmern vom Zaun gebrochen wurde, so schnell wie möglich ohne Rücksicht auf das Ergebnis zu beenden trachtet. Die Konjunktur in der chemischen Industrie ist so gut, daß das Leunawerk, ohne daß bis jetzt ein Widerspruch der Verbandsleitung erfolgt wäre, vor einigen Tagen durch Anschlag erklären konnte, es müßte wegen Arbeitermangel die 56stündige Arbeitswoche eingeführt werden. Statt daß nun der Vorstand der zuständigen Gewerkschaft, des Fabrikarbeiterverbandes, die fortgesetzten frechen Provokationen des Unternehmertums mit einem geschlossenen Kampf der gesamten Arbeiterschaft dieses Industriezweiges beantworten würde, hat er nichts wichtigeres zu tun, als die Arbeiter durch endlose Verhandlungen und durch widersinnige Abstimmungen zu verwirren und im Kampfe zu schwächen.

Seit der Ablehnung der Vereinbarungen seitens der Arbeiterschaft hat das Unternehmertum keine weiteren Zugeständnisse gemacht. Trotzdem hat der Verbandsvorstand nach kaum 4 Tagen aufs neue eine Abstimmung über dieselbe Sache vorgenommen. Die bürgerlichen Presse- und Telegraphenbüros melden darüber, daß die Abstimmung in Höchst wegen verschiedener Störungen zu keinem Resultat führte. In Griesheim hätten sich 1714 Arbeiter für und 274 gegen die Wiederaufnahme der Arbeit ausgesprochen, in Kelsterbach dagegen seien mit 682 gegen 64 Stimmen die Weiterführung des Streiks beschlossen worden.

Daß selbst außerhalb des Kampfes stehende Behörden die Forderungen der Arbeiterschaft für berechtigt halten und das Vorgehen der Unternehmer mißbilligen, geht daraus hervor, daß die Stadtverordnetenversammlung in Höchst einstimmig — also auch mit bürgerlichen Stimmen — weitere 250 000 M. zur Unterstützung der ausgesperrten Arbeiter bewilligt hat. Es ist wirklich weit gekommen mit einem Teil der deutschen Verbandsbürokratie, daß sie sich im Kampf gegen eine übermütige Kapitalistengruppe von bürgerlichen Stadtverordneten beschämen läßt.

Vor der Entscheidung über Oberschlesien.

Die Nachrichten über die Beschlüsse des Völkerbundsrats über Oberschlesien widersprechen sich. Nach den letzten Meldungen scheint eine für Deutschland ungünstige Entscheidung für Mittwoch bevorzustehen. Ob die Nachricht vom Einspruch der englischen Regierung gegen die Teilung des Industriegebiets durch die Sforzalinie sich bewahrheitet, ist abzuwarten. Nach neueren — vielleicht tendenziösen — Meldungen aus Paris, die vom Ost-Europa-Büro verbreitet werden, soll die englische Regierung ihr Wort gegeben haben, den Schiedsspruch des Völkerbundsrats anzunehmen, wie er auch ausfallen möge. Nun ist aber eher wahrscheinlich, daß der Völkerbundsrat infolge der Einwendungen Englands sich auf den Boden des bekannten Kompromißvorschlages stellen wird, der für das Industriegebiet ein Uebergangsregime unter Verwaltung des Völkerbundes vorsieht.

Die ungünstigen Nachrichten über den Stand der oberschlesischen Frage haben die deutsche Bourgeoisie in starke Erregung versetzt. Der Reichskanzler Wirth hat seine Urlaubsreise abgebrochen und ist nach Berlin zurückgekehrt.

Am Montag fand eine Nachtsitzung des Reichskabinetts statt. Ueber diese Sitzung liegen nähere Nachrichten noch nicht vor, doch wird bei den Besprechungen die Frage eines etwaigen Rücktritts des Reichskanzlers bei einer polenfreundlichen Entscheidung über Oberschlesien im Vordergrunde der Auseinandersetzungen gestanden haben.

Ein Teil der bürgerlichen Mitglieder des Kabinetts hat nach den Informationen, die der Presse der Koalitionsparteien zugegangen sind, den Standpunkt vertreten, daß das Kabinett, wenn das oberschlesische Industriegebiet Deutschland verloren gehe, die politischen Konsequenzen ziehen, d. h. zurücktreten müsse. Die demokratische und Zentrumspresse teilt nur diese Tatsache mit, die sozialdemokratischen Organe beider Richtungen aber bemühen sich, dem deutschen Volke ins Gewissen zu reden: Die außen- und innenpolitische Situation verlange unbedingt, daß das Kabinett Wirth vielleicht mit geringen Veränderungen, die Führung der Reichsgeschäfte in der Hand behalte.

So schreibt der „Vorwärts" über die Kabinettskrise, daß die Rechtsparteien sich freuen würden, infolge einer ungünstigen Entscheidung über Oberschlesien das Kabinett Wirth los zu werden. Sie betrachteten die ganze Angelegenheit mit einem nassen und mit einem heiteren Auge. Der Sturz Wirths aber wäre, meint der „Vorwärts", ein großes Unglück.

Auch die „Freiheit" nimmt zur oberschlesischen Frage Stellung. Es ist wieder der bewährte Außenminister der Unabhängigen Sozialdemokratie, Rudolf Breitscheid, der zu Worte kommt. Er hat bereits vor wenigen Tagen, als der Eintritt der USP. in das Reichskabinett im Vordergrunde der politischen Debatten stand, seine Karte abgegeben mit einer programmatischen Erklärung über die Politik, die er als Reichsaußenminister einschlagen würde. Heute ist der USP.-Diplomat bereits — wenigstens in der Vorstellung — mit der Säuberung des Auswärtigen Amtes beschäftigt. Er schreibt:

„Wer den Dingen auf den Grund geht, der wird vermutlich auf die gänzlich unzureichende Besetzung wichtiger Posten im Bereich des Auswärtigen Amtes stoßen.

Immer wieder mußte die Frage aufgeworfen werden, wann endlich einmal im Außenministerium die große Reinigung vorgenommen wird. Die Minister kommen und gehen, die Personalchefs wechseln, aber es bleibt alles beim alten. Als Dr. Rosen sein Amt antrat, wurden uns Aenderungen in Aussicht gestellt, aber auch Herrn Rosen scheint die notwendige Kraft zu fehlen." Wohlan, Herr Breitscheid! Vielleicht stehen die Dinge doch nicht ganz so ungünstig für die USP. Ihr lebhaftes Interesse für das Auswärtige Amt beweist uns, daß Sie noch nicht alle Hoffnung verloren haben.

Marktkurs und Burgfrieden.

Der Kurs der deutschen Mark sinkt rapide weiter. Nachdem der Dollarkurs Ende der vergangenen Woche von 124 auf 115 zurückgegangen war, kostete am Montag mittag der Dollar an der Berliner Börse 131 M., das heißt fast doppelt so viel als vor 6 Wochen. Und 30mal so viel als im Frieden. Die Reichsbank erklärt offiziell, daß sie „im Interesse der Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens den allergrößten Wert auf eine Hebung oder wenigstens Beruhigung des Reichsmarkkurses lege". Und ähnliches erklären die verschiedensten Kapitalisten. In Wirklichkeit liegen die Dinge vollkommen anders. **Es ist die gesamte deutsche Bourgeoisie, die ein Lebensinteresse daran hat, daß die Geldentwertung in fortschreitendem Maße weiter geht.** Warum? Weil nur dann für das deutsche Kapital die Möglichkeit besteht, immer weitere Auslandsmärkte mit deutschen Produkten zu überschwemmen. Man kann dieses Interesse der deutschen Bourgeoisie leicht nachrechnen. Hat eine Ware, die aus Deutschland kam, vor vier Wochen in Amerika 1250 Dollar oder 100 000 Mark gekostet, so bekommt der deutsche Kapitalist, wenn die Ware in Amerika heute auch noch 1250 Dollar kostet, jetzt dafür, nach dem augenblicklichen Kurs, mehr als 160 000 Mark.

In der Tat tritt heute genau dasselbe ein, was immer mit dem Niedergang der deutschen Valuta parallel geht: **ein ungeheures Anschwellen des Exportes.** Nach Südamerika, nach Japan, auch nach englischen Kolonien wie Aegypten und Indien, nimmt der deutsche Export immer größere Dimensionen an. Auch nach den Ententestaaten, insbesondere nach England und Belgien beginnt er wieder gewaltig zu steigen. Nun haben zwar verschiedene Staaten zum Schutze ihrer Industrie gegen die deutsche Schmutzkonkurrenz Antidumpinggesetze erlassen. So ist beispielsweise soeben in England ein solches Gesetz in Kraft getreten, das auf die meisten aus Deutschland exportierten Waren einen Aufschlag von 33⅓ Prozent legt. Dies Gesetz wird sich als Fehlschlag erweisen. Denn der Markkurs ist genau soviel gefallen, daß die deutschen Kapitalisten einen solchen Aufschlag ruhig in Kauf nehmen und trotzdem noch die englische Industrie unterbieten können. Es nimmt denn auch nicht Wunder, daß in dieser Situation verschiedene Exportindustrien, vor allem das Textilgewerbe und die Eisenindustrie Millionengewinne erzielt haben. Die Phönix A.-G. meldete vor einigen Tagen einen Reingewinn von mehr als 100 Prozent.

Dieser Export, für den die wachsende Geldentwertung die Grundlage bildet, ist nichts als ein unausgesetzter Ausverkauf Deutschlands. Macht es doch diese Geldentwertung immer mehr unmöglich, irgendwelche Rohstoffe einzuführen. Dabei zeigt es sich, daß genau wie bei dem Valutasturz 1919 ganze Unternehmungen in ausländische Hände übergingen. So sind soeben die Gerb- und Farbstoffwerke Reimer-Hamburg in englische und die Kommanditgesellschaft Sichel & Co.-Mainz in schweizerische Hände übergegangen.

Wenn deutsche Kapitalisten behaupten, sie hätten an der Hebung der Mark irgendwelches Interesse, so ist das angesichts all dieser Tatsachen eine glatte Lüge. Auf der Generalversammlung des Lothringischen Hütten- und Bergwerkvereins A.-G. hat deren Vorsitzender Geh. Kommerzienrat Klöckner denn auch wörtlich gesagt, **ein plötzliches Steigen des Markkurses bedeute für die deutschen Unternehmer eine Katastrophe.** Er nannte dann weiter die augenblickliche Lage eine außerordentlich günstige Konjunktur im Gegensatz zu den Frühjahrsmonaten April bis Juni, wo die Preisverhältnisse einen wahren Niedergang dargestellt hätten. Damit hat Klöckner ausgesprochen, wie **die Interessen der Bourgeoisie und die des Proletariats geradewegs entgegengesetzt sind.**

Gerade die Frühjahrsmonate waren es, wo die Preiswelle etwas abflaute. Und eben die letzten drei Monate, die für das Kapital eine so günstige Konjunktur darstellen, haben eine Preissteigerung gebracht, die im Durchschnitt 50 Prozent beträgt.

Die „Frankfurter Zeitung" vom 2. Oktober, also ein gut bürgerliches Blatt, belegt diese Tatsachen mit unabstreitbarem Zahlenmaterial. Aus den Ziffern geht hervor, daß seit 1913 die Preise für Lebensmittel um das 20fache, für Mineralien (Kohle, Erze) um das 18fache, für Leder- und Textilwaren um das 30fache, für verschiedene andere Waren um das 20fache, und der Gesamtindex um das 20fache gestiegen sind. Anders ausgedrückt: die Lebenshaltungskosten sind seit 1913 im Durchschnitt um das 20fache gestiegen. Demgegenüber beträgt nach Zusammenstellungen der Gewerkschaften **die Erhöhung der Löhne und Gehälter im Durchschnitt das 8- bis 9fache. Wir haben gesehen, daß allein in den letzten drei Monaten die Preise für Produkte aller Art um 50 Prozent gestiegen sind. In dieser Zeit sind die Löhne und Gehälter im Durchschnitt noch nicht um 15 Prozent, ja teilweise überhaupt nicht gestiegen.**

Einwandfrei zeigen diese Tatsachen, wie unvereinbar die Interessen des Kapitals mit denen des Proletariats sind. Die Katastrophe der Mark, die der deutschen Bourgeoisie infolge der Kulilöhne der deutschen Arbeiter eine weitere Existenzfrist in Konkurrenz mit dem ausländischen

Kapital bleibt, genau dieselbe Katastrophe der deutschen Mark bedeutet einen unausgesetzten Lohnabbau für die deutschen Arbeiter. Bedeutet noch mehr. Bedeutet nämlich für die deutsche Bourgeoisie einen Vorwand, mit den letzten sozialpolitischen Rechten aus dem November 1918 gründlich aufzuräumen. Die Valuta kann nur gebessert werden, so ballt es im ganzen bürgerlichen Blätterwald wieder, wenn der Achtstundentag beseitigt ist, wenn die Bergarbeiter wieder Ueberschichten fahren, wenn die Ausgaben für die Erwerbslosenunterstützung wegfallen, wenn die Akkordarbeit wieder zu ihrem vollen Recht kommt.

Daß auf diese Ziele seit Monaten die deutsche Bourgeoisie hinarbeitet, daß sie eben um dieser Ziele willen sich die volle politische Gewalt als Garantie zur unumschränkten Ausbeutung des Proletariats aneignen will, das weiß jeder Arbeiter. Aber sie denkt natürlich gar nicht daran, der Geldentwertung irgendwie zu steuern. Täte sie das, sie würde sich den Ast absägen, auf dem sie sitzt.

Die Interessen des Proletariats, genau entgegengesetzt denen der Bourgeoisie, verlangen eine Politik, die eine schroffe Kampfstellung gegenüber dem Kapital darstellt. Mit Görlitz, wo die sozialdemokratischen Führer dem Unternehmertum die Hand geboten haben zu einer Arbeitsgemeinschaft, haben die Interessen des Proletariats nicht das geringste gemein. Und es ist außerordentlich bezeichnend, daß in den Aufrufen der SPD. und auch der USPD. von dem ungeheuerlichen Lohnabbau dieser Tage auch nicht ein Wort zu lesen war. Offenbar wagen sie in ihrer burgfriedlichen Einstellung nicht, das Proletariat in Lohnkämpfe gegen die Bourgeoisie zu führen. Dabei muß gesagt werden, daß es durchaus nicht genügt, wenn das Proletariat sich in solchen Kämpfen bessere Lohnbedingungen erzwingt. Auch dann wird die Entwertung der Mark weitergehen, und immer wieder werden Gehälter und Löhne weit hinter der Preisgestaltung herhinken. Nur wenn es dem Proletariat gelingt, sich eine starke politische Machtorganisation zu schaffen, mit dem Ziel, die Produktion nach den Interessen aller werktätigen Schichten zu gestalten, wenn es vor allem die Macht seiner Gewerkschaften ganz für seine Interessen einsetzt, sind für alle Arbeiter die Garantien für eine auskömmliche Existenz gegeben.

Phrasen und Tatsachen.

Die Parteileitung der SPD. sucht die über den Görlitzer Beschluß empörten Mitgliedschaften durch einen Parteiaufruf zu beruhigen.

Der Aufruf, in seiner dreisten Leugnung handgreiflicher Dinge, ist das stärkste Stück an Arbeiterverhöhnung, das seit langem da war.

Um ihn zu kennzeichnen, genügt es, die demagogische Phrase den Tatsachen gegenüberzustellen.

Phrase Nr. 1: „Das Görlitzer Programm bedeutet keine Abkehr von der großen Vergangenheit der Partei, sondern eine Führung über sie hinaus im Sinne einer dreißigjährigen Entwicklung. . ."

1. Tatsache: Das Programm wurde fast von der ganzen bürgerlichen Presse als Bruch mit der Vergangenheit anerkannt.

Phrase Nr. 2: „Das Ziel der Sozialdemokratischen Partei ist die Errichtung einer rein sozialistischen Regierung."

2. Tatsache: Die Sozialdemokratische Partei geht zu Stinnes.

Phrase Nr. 3: Der Parteitag „erklärte sich für die nationale und internationale Einigung des Proletariats."

3. Tatsache: Selbst die Einigung mit der USP. wurde der Einigung mit Stinnes aufgeopfert.

Die sozialdemokratische Parteileitung erklärte, sie gehe mit bürgerlichen Parteien nur soweit zusammen, als sie für die Republik und die Demokratisierung eintreten.

Auf dem niederrheinischen Parteitag der Deutschen Volkspartei erklärt Stresemann nach dem Bericht der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", dem leitenden Stinnesblatt:

„Weder habe man der Deutschen Volkspartei zugemutet, ihrerseits grundsätzliche Erklärungen vor Eintritt in die Regierung abzugeben, noch habe die Deutsche Volkspartei das von anderen Parteien verlangt. Die Aufgabe der Parteivertreter sei gewesen, ein sachliches Programm aufzustellen, auf das die breite Koalition sich aufbauen könnte. Das sei zum größten Teil geschehen. . .

Dagegen sei in der Frage der Aufbringung der finanziellen Mittel noch eine Differenz der Anschauungen mit der Sozialdemokratie, die aber nicht unüberbrückbar erscheine."

Es ist darnach keine Rede davon, daß die Stinnespartei die Görlitzer Mindestforderungen tatsächlich annimmt, nicht einmal in der Phrase, geschweige denn tatsächlich!

Trotzdem geht der Handel mit ihr weiter.

Die Stimmen der Mitglieder der SPD.

Beschlüsse der SPD. Dortmund:

„1. Die Versammlung billigt die Beschlüsse des Parteitages. Was den Beschluß über die Mitarbeit an der Regierung anbetrifft, so hält es die Versammlung für richtig, daß nicht nur eine Erweiterung der Koalition nach rechts, sondern vor allen Dingen nach links versucht werden muß. Der Schutz der Republik und die freiheitliche Ausbildung der demokratischen Errungenschaften, sowie die kräftige Heranziehung der besitzenden Volkskreise zu den Steuern muß dabei in erster Linie Richtschnur des Handelns sein.

2. Die Volksversammlung ist der Ansicht, daß mit der Deutschen Volkspartei, wie sie bisher war, keine Koalition eingegangen werden kann."

Dieser Beschluß wurde als Warnung an Parteivorstand und Fraktion erklärt.

Die Antwort auf diese Warnungen sind, wie der Aufruf des Parteivorstands zeigt, immer gröbere Kaliber, immer dreistere demagogische Phrasen — und im übrigen läßt man sich im Freistaat um die Regierungsposten nicht betrügen.

Die Durchführung des Achtstundentags.

Der amtliche Preußische Pressedienst meldet: In verschiedenen Zeitungen wird ausgeführt, daß die Lennewerke in Werdohl den Achtstundentag verletzt haben. Dies ist eine irrige Mitteilung. Die Lennewerke haben im Februar dieses Jahres bei den Schichtarbeitern der chemischen Industrie die 48-Stundenarbeitszeit eingeführt. In allen chemischen Industrien arbeiten die Schichtarbeiter 56 Stunden. Die Lennewerke haben nun beschlossen, vom nächsten Montag ab wiederum bei den Schichtarbeitern der chemischen Industrie die 56-Stundenarbeitszeit einzuführen, die in dem Reichstarifvertrag vorgesehen ist wie in dem Entwurf zum Reichsarbeitsgesetz. An dem Achtstundentag wird nichts geändert. Die 56stündige Arbeitszeit gilt demnach nur für die Schichtarbeiter in der chemischen Industrie. Hiermit entfallen alle weiteren Bemerkungen der Zeitungen, die die Nachricht verbreiten, daß in dem Lennewerk der Achtstundentag durchbrochen worden sei.

Trotzdem in Deutschland hunderttausende von Arbeitern erwerbslos dem Elend preisgegeben sind, hat das Lennewerk ohne vorherige Verständigung mit dem Betriebsrat die 56-Stundenwoche eingeführt. Auf den Alarmruf der Arbeiterzeitungen hat die Regierung nichts Eiligeres zu tun, als das unerhörte Vorgehen der Direktion des Lennewerkes zu decken mit der Begründung, daß der Entwurf zum Reichsarbeitsgesetz die 56-Stundenwoche ohnehin vorsehe. Demnach brauchten die Unternehmer gar nicht zu warten, bis das Achtstundengesetz und das Betriebsrätegesetz offiziell gefallen ist, die Regierung erklärt sie heute schon tatsächlich für aufgehoben. Dadurch wird für jeden Arbeiter deutlich, daß kein Gesetz des kapitalistischen Staates die Rechte der Arbeiter sichern wird. Nur die vereinte Kraft des gesamten Proletariats kann die Proletarier vor der völligen Versklavung retten.

Edel sei der Mensch, hilfreich und gut!

Diese Dichterworte standen in großen Lettern auf der Tribüne des sozialdemokratischen Parteitages in Görlitz als Symbol. Die sozialdemokratische Presse verschweigt aber ihren Lesern immer noch den Aufruf des Internat. Gewerkschaftsbundes, der zu einer machtvollen Hilfeleistung für Sowjetrußland auffordert. Doch die sozialdemokratischen Arbeiter in verschiedenen Orten haben ihre Parteibürokratie durchschaut und sammeln gemeinsam mit den revolutionären Arbeitern, mit den Kommunisten, für die Arbeiterhilfe für Sowjetrußland. So erhielt das Komitee Arbeiterhilfe für Sowjetrußland von der SPD. in Oppeln 3000 Mark.

Das Symbol der SPD. auf ihrem Görlitzer Parteitag war, ist und bleibt für die Parteibürokratie der SPD. eine Phrase. Die SPD.-Arbeiter im Verein mit den Kommunisten geben diesem Wachtelruf Fleisch und Blut und helfen ihren russischen Brüdern.

In dieser Woche sammelt das Weltproletariat für Rußlands Hungernde.

Willst Du abseits stehen?

Kommunisten im Dienste der Rußlandhilfe.

Auf Antrag der Kommunisten wurde in der letzten Sitzung des Gemeindeparlamentes in Leutzsch bei Leipzig beschlossen, dem Auslandskomitee zur Organisierung der Arbeiterhilfe für Sowjetrußland, Berlin NW. 87, Widdinger Ufer 310 000 Mark zu überweisen.

Der Magistrat der Stadt Itzehoe bewilligte für die notleidende russische Bevölkerung eine Unterstützung von 5000 M. Die Stadthauptkasse ist angewiesen worden, den Betrag an das Reichskomitee der Arbeiterhilfe für Sowjetrußland zu überweisen.

Der Ortsausschuß Werdau bewilligte in seiner letzten Sitzung für die Russenhilfe als erste Rate 10 000 M. Dieser Betrag gelangte zur sofortigen Absendung.

1000 M. für die Russenhilfe bewilligte die Stadtratssitzung in Augustusburg.

Die Remscheider Stadtverordnetensitzung bewilligte, einem Antrag der KPD. folgend, für die durch Hungersnot gefährdete russische Bevölkerung den Betrag von 5000 Mark.

Die Preise steigen weiter.

Aus dem eben veröffentlichten Preisbericht des Deutschen Landwirtschaftsrats geht hervor, daß in der vergangenen Woche die Preise für alle Getreidearten weiter in die Höhe gestiegen sind, insbesondere für Braugerste und Hafer. Die Preise auf dem freien Markt sind zwei- bis dreimal so hoch als die Preise für das Umlagegetreide. Der augenblickliche Stand der deutschen Valuta sperrt wie eine Mauer das amerikanische Getreide vom deutschen Markt ab. Vor 4 Wochen noch konnte man amerikanischen Weizen für 330 Mark erhalten, heute kostet er einschließlich der Fracht 6 bis 7000 Mark. Daß nach Ausscheiden jeglicher ausländischen Konkurrenz die deutschen Preise unbegrenzt steigen, erklärt sich bei der Verminderung der deutschen Inlanderzeugung an Getreide um fast die Hälfte gegenüber der Vorkriegszeit von selbst.

Neue Erhöhung der Brotpreise.

A. K. Das WTB. veröffentlicht folgende Notiz:

„Die Steigerung fast sämtlicher Unkosten, insbesondere der Gehälter, Löhne und des Fuhrlohns, erfordert eine, wenn auch relativ nicht erhebliche (nicht ganz dreiprozentige) Erhöhung des Abgabepreises für Backmehl. Die Deputation für das Ernährungswesen beschloß in ihrer Sitzung am 3. Oktober 1921, dem Magistrat eine entsprechende Erhöhung des Brotpreises, und zwar um 15 Pfg. je Brotbrot für die Zeit vom 10. Oktober 1921 ab vorzuschlagen. Der Preis der Schrippe soll unverändert bleiben."

Gleichzeitig ärmlich ist doch die bürgerliche Gesellschaft. Seit Jahr und Tag müssen die „hohen Löhne" an jeder Preissteigerung schuld sein, wo jedes Kind weiß, wie wenig die Löhne gegenüber den Preisen für alle Bedarfsartikel gestiegen sind. Der gänzliche Bankrott — zum wirtschaftlichen — der kapitalistischen Gesellschaft kann gar nicht besser demonstriert werden, als durch einiges Abjagen dieser Litanei.

Das arbeitende Volk muß endlich seine Gewerkschaften zwingen, sich energisch einzusetzen für Erhöhung der Löhne auf die „relativ nicht erhebliche" Höhe des Existenzminimums; gleichzeitig für Erringung der Kontrolle über das Wirtschaftsleben, damit nicht immer und immer wieder die Lohnerhöhungen durch doppeltes und dreifaches Steigern der Produktenpreise illusorisch gemacht werden.

Die Sanierung der Reichseisenbahn.

Die 30 Reichseisenbahndirektionspräsidenten, die sich in München zusammengefunden hatten, sind zu dem Resultat gekommen, daß zunächst die Reichseisenbahn im Staatsbetrieb verbleibt.

Außerordentlich interessant gestaltete sich die Aussprache über die Frage des Uebergangs der Reichseisenbahnen in Privatbesitz. Wer diesen Gedanken einigermaßen verkehrs- und wirtschaftspolitisch zu Ende zu denken vermag, der muß zu dem Ergebnis kommen, daß der Privatbesitz dieses größten Betriebes der Welt, denn das ist die deutsche Reichseisenbahn, ein Ding der politischen Unmöglichkeit ist. Verkehr ist Macht und die Macht darf auch der Schwächste nicht aus der Hand geben, um sich völlig zum Spielball und Spreizenz zu werden.

Hiernach zu urteilen, ist Stinnes mit seinem Plan nicht durchgedrungen. Aber Stinnes hat noch wesentlich zugkräftigere Mittel als solche Konferenzen, und die Stinnes-Presse teilt denn auch bereits mit, daß die Besprechung in München lediglich eine „akademische Erörterung" gewesen sei. Eine akademische Erörterung ist alles andere als eine politische Realität. Die Kohle, über die Stinnes verfügt, ist eine politische Realität.

Die Mörderzentrale.

Die „Münchener Post" bringt in ihrer Montagausgabe neues Material über die reaktionären Mörderzentralen in Bayern und Oberschlesien. Sie schreibt, daß die Behauptung, in München gäbe es keine Mörderzentrale unter dem Namen „Wurstkommando" insofern richtig sei, als die Münchener Mordabteilung sich „Kalkkommando in Oberschlesien" nennt. Die Leute des Kalkkommandos sind mit Gummiknüppeln und Brownings ausgerüstet. Das Artilleriedepot „Oberland" hat einen eigenen Intendanten und erhält von der Zentrale in Breslau die Gelder. Ein Münchener Professor ist Batterieführer von Geschützen, die das „Oberland" in den Vororten Münchens versteckt hat. Für die drei Infanteriebrigaden sind sämtliche Ausrüstungsgegenstände in reichem Maße vorhanden. Die Artillerieformation hat ein Verzeichnis von den Fabriken angefertigt, die im Bedarfsfall sofort Munition herstellen würden. Zu den Waffenverschiebungen dieser Infanterieformation stellt eine Firma auch Automobile, die bereits in das Eigentum des Freikorps übergeführt sein sollen.

Das Geheimtelegramm, das am 4. September von München an Dr. Ruge in Breslau gesandt wurde, enthält auch eine

Anweisung zum Mord

an einem Angehörigen des Freikorps „Oberland", unter Bezugnahme auf ein weiteres Mitglied der Organisation, welches wegen Verrat bereits erschossen wurde. Die Großindustriellen, die die Mörderzentrale finanziell unterstützen, erklären sich bereit, für politische Verbrechen jeden gewünschten Betrag zur Verfügung zu stellen. Einer derselben hat einem Kurier gegenüber geäußert, er bekomme eine Million, wenn er in den Zeitungen etwas „von Berlin" lese.

Wann wird sich der Staatsanwalt dieses Materials bedienen?

Schupo im Manöver!

Ein General-Anzeiger-Bericht: In der Wellinghofer Heide bei Hörde hält augenblicklich die Schupo ihr Herbstmanöver ab. Das Herz lacht einem im Leibe, wenn man sieht, wie der alte militärische Geist wieder seine Auferstehung feiert. Der Herr Hauptmann Fetz, etwas weiter hinten der Herr Major Lütz, hoch zu Roß, mit dem nötigen Abstand, folgen beiden die Burschen. Ein Personenauto mit dem Stab fährt vorn weg, dann folgen die Lastautos, hochbeladen mit unseren lieben grünen Jungens. Panzerautos, gespickt mit Maschinengewehren und sonstigen Knalleffekten, alle Mann Stirnriemen unterm Kinn. Zum Schluß 6 Gulaschkanonen und die nötige Bagage, so zieht Deutschlands letzte Hoffnung ins Manöver!

Eine Anfrage: Seit wann darf die Schutzpolizei Panzerautos führen?

80 Milliarden Mark für den Entente-Militarismus.

Nach dem Beschluß der Reparationskommission vom 6. Oktober betragen die Kosten der Ententebesatzung für die Zeit vom 11. November 1918 bis 30. April 1921 für Amerika 278 097 610 Dollars, Frankreich 2 394 850 470 Franken, England 52 831 298 Pfund Sterling, Belgien 378 731 390 belgische Franken, Italien 15 307 717 Lire.

Auf Ersuchen Frankreichs hat die Reparationskommission beschlossen, die Besatzungskosten nach dem Durchschnittskurse des Vierteljahres in Goldmark anzurechnen. Hieraus ergeben sich in Goldmark folgende Ziffern: Amerika 1 106 732 830, Frankreich 1 276 450 838, England 991 016 859, Belgien 194 706 228, Italien 10 054 861, zusammen für die Zeit vom 11. November 1918 bis 1. Mai 1921 rund 3 Milliarden 639½ Millionen Goldmark.

In Papiermark sind das nach dem heutigen Kurs mindestens 80 Milliarden.

Ein Mordprozeß der Hundertschaft ZbV.

Endlich wird mitgeteilt, daß die Staatsanwaltschaft sich entschlossen hat, dem Mord an dem Wachtmeister Buchholz in der Hundertschaft zur besonderen Verwendung nachzugehen. Der Polizei-Unterwachtmeister Erden und der Polizei-Hauptwachtmeister Meyer sind unter Anklage gestellt, Buchholz ermordet zu haben, um zu verhindern, daß dieser die konterrevolutionären Machenschaften in der Hundertschaft verrate. Die Angeklagten bestreiten bisher jede Schuld. Die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Oltrogge, die Verteidigung Rechtsanwalt Dr. Alsberg. Der Prozeß wird in der nächsten Schwurgerichtstagung des Landgerichts III zur Verhandlung kommen.

Der Danziger Kommunistenprozeß

Die Zeugenvernehmung am dritten Verhandlungstage ergibt, daß alle dem Senat bekannten Umsturzpläne von Spitzeln gefälschtes Material sind. Daß die Verhaftung der Genossen Rahn und Schmidt ein vom Senat vorbereitetes Spiel war, geht aus den Aussagen des Zeugen, Abgeordneten Raube, hervor. Er schildert folgenden Vorgang: Als die Schuposoldaten in den Sitzungssaal einmarschiert waren, stellten sie sich alle so auf, daß sie mit dem Rücken zu Senator Schümmer standen. Schümmer stand ungefähr 3 Meter hinter ihnen. Als Schümmer nun sagte: „Verhaften Sie den Abgeordneten", und mit dem Finger auf den Abgeordneten Rahn wies, stürzten die Schupo-soldaten sofort auf Rahn zu, ohne gesehen zu haben, auf wen eigentlich Senator Schümmer gewiesen habe. Aus diesem Vorgang, den der Zeuge genau beobachtet haben will, geht hervor, daß die Schupo von vornherein den Auftrag hatte, Rahn und Schmidt zu verhaften.

Das Urteil im Danziger Kommunistenprozeß.

Danzig, 11. Oktober.

Heute endete der Prozeß gegen die Genossen Rahn und Schmidt. Der Staatsanwalt, dessen Plädoyer sehr schwach war, beantragte unter Anerkennung mildernder Umstände zwei Jahre Festung. Die Verteidigung, zumal Rechtsanwalt Rosenfeld, zerpflückte die Anklage restlos. Nachdem der Staatsanwalt noch einmal das Wort genommen hatte, um den Eindruck zu

verwischen, hatten unsere Genossen das Schlußwort. Die dann folgende Rechtsbelehrung an die Geschworenen überschritt weit den Rahmen der Rechtsbelehrung und kam fast einer erneuten Anklagerede gleich. Nach 2½stündiger Beratung erkannte das Gericht auf je ein Jahr Festung, unter Anrechnung der Untersuchungshaft, und Haftentlassung.

Dieses Urteil, das das geringste Strafmaß, das zulässig war, bedeutet, ist offensichtlich lediglich gefällt worden, um einen Freispruch zu vermeiden und das Prestige des Danziger Senats zu wahren. Es ist so ein ausgesprochenes Klassenurteil.

Ausland.

Die Randstaaten lenken ein.

Beginnender Umschwung unter den Rußlandinterventionisten.

Die Angriffsabsichten der Entente und einiger Randstaaten haben in ganz Rußland eine gewaltige Bewegung hervorgerufen. In allen Städten kam es zu riesigen Massenversammlungen und Demonstrationen der Bevölkerung, die ihre Empörung gegen die verbrecherische Politik Frankreichs und seiner Vasallen zum Ausdruck brachte. Ueberall wurden Entschließungen gefaßt, die den Schutz der Grenzen zur Erhaltung des Friedens fordern. Die Haltung der Roten Armee ist erfüllt von größter Entschlossenheit, den Sowjetstaat zu verteidigen. Die Nachrichten über diese einmütige Haltung aller Schichten der russischen Räterepublik sind auf die Randstaaten nicht ohne Wirkung geblieben. Schon macht sich eine gewisse Entspannung bemerkbar. Sowohl in Warschau wie in Bukarest lenkt man ein. Auch von der estnischen Regierung werden vermittelnde Erklärungen abgegeben. Die Sowjetregierung wird sich durch diese ersten Anzeichen einer besseren Einsicht nicht einlullen lassen, sie verzeichnet aber mit Befriedigung die Anzeichen des Umschwungs.

In Warschau begannen endlich die vorbereitenden Verhandlungen zwischen dem sowjetrussischen Gesandten Karachan und dem rumänischen Delegierten Filialti. Die rumänische Regierung erläßt dazu eine Rundnote, in der sie wieder einmal ihre Angriffsabsichten als Märchen zurückweist. Festzuhalten ist die Erklärung, daß die Informationen der rumänischen Regierung in keiner Weise die vom Ausland verbreiteten Alarmnachrichten über eine militärische Bedrohung Rumäniens durch die Sowjets bestätigen.

Tschitscherin hat dem polnischen Gesandten Filipowitsch davon in Kenntnis gesetzt, daß diese letzte Note der polnischen Regierung, die die Antwort auf die vier Forderungen der Sowjetregierung bildet, für diese wegen ihres Inhalts und ihrer Form unannehmbar ist.

Radek schreibt nach Ablauf der in der polnischen Note gesetzten Frist in der „Prawda", es zeige sich, daß das polnische Ultimatum kein Ultimatum gewesen sei. Die Sowjetregierung sei aufrichtig erfreut, daß die polnische Regierung auf die Konsequenzen des Ultimatums verzichtet habe und damit den Weg zur friedlichen Begleichung der Konflikte eröffne."

*

Diese Nachrichten werden von der Arbeiterschaft mit größter Genugtuung aufgenommen werden. Noch aber ist die Gefahr keineswegs vorüber. Die Regierung der Randstaaten, besonders die Polens und Rumäniens, sind nur die Puppen der Drahtzieher von Paris und London. Und bisher liegen noch keine Nachrichten vor, daß dort ein ähnlicher Umschwung, wie an den unmittelbaren Grenzen Rußlands unter dem Eindruck der Verteidigungsbereitschaft der russischen Revolutionäre, eingetreten wäre. Das Einlenken der Randstaaten wird auch durch andere Nachrichten bestätigt.

So bestand die Absicht, in nächster Zeit in Warschau eine Konferenz sämtlicher Randstaaten zu veranstalten. Wie nun aber aus Riga gemeldet wird, findet diese Konferenz nicht statt, weil sich nur zwei oder drei Staaten auf ihr hätten vertreten lassen. Mit diesen Staaten sind wohl Finnland und Polen und unter Umständen Estland gemeint, während Lettland und Litauen offenbar schon früher vor allzu gewagten Abenteuern zurückschrecken. Wenn nun auch Polen und Rumänien einzulenken scheinen, so werden aber doch gleichzeitig die Intrigen der Entente fortgesponnen. Im Lager Noulens wird weiter gerüstet und vorbereitet. Heute erst heißt es, daß Kerenski zu ihm gestoßen sei, und in Brüssel gegen die Sowjetregierung, vor allem unter belgischen Sozialisten agitiert. Vandervelde, der sozialdemokratische Minister, empfing ihn in Audienz. Auch andere Meldungen sind nicht zur Beruhigung geeignet. So wird in Prag in nächster Zeit der Besuch des bekannten französischen Generals Weygand erwartet. Ihm zu Ehren soll eine große Parade stattfinden. Bei der gegenwärtigen Lage ist diese Inspektionsreise des französischen Militaristen in die Tschechoslowakei nicht unwesentlich; sie hängt offenbar mit den Bestrebungen zusammen, die tschechoslowakische Republik in den Kreis der Staaten hineinzuziehen, die aktiv gegen Sowjetrußland vorgehen sollen. Das erste Einlenken kann bei günstiger Gelegenheit leicht wieder aufgegeben werden. Auch eine neue Finte ist nicht ausgeschlossen. Die Arbeiterschaft muß jetzt erst recht auf ihrem Posten sein.

Revolutionäre Bewegung in Polen und Oberschlesien.

Warschau, 12. Oktober.

Im Namen der Bergarbeiter und im Interesse der Konsumenten fordert der Bergarbeiterverband vom Ministerrat, daß eine gemeinsame Kommission aus Vertretern der Regierung, der Unternehmer und der Bergarbeiter zur Festsetzung der Preise und Verteilung der Kohle errichtet wird. Sollte die Regierung dieser Forderung nicht stattgeben, so ist der Bergarbeiterverband entschlossen, zur Durchsetzung seiner Forderung einen Kampf mit den schärfsten Mitteln zu beginnen.

Die Lemberger Eisenbahnerorganisation erklärt, daß wegen der Nichtausgabe der Lebensmittelzuwendung an die Eisenbahner und wegen der Nichtauszahlung einer einmaligen Unterstützung unter den Lemberger Eisenbahnern eine große Erbitterung herrscht. Sollten die Forderungen der Eisenbahner bis zum 6. Oktober nicht bewilligt sein, so werden sie in Streik treten.

Andere Arbeitergruppen stehen im Streik. Man kann sagen, ein großer Streik löse den anderen ab. Diese Tatsachen und die Wahlerfolge der Kommunisten bei den Krankenkassenwahlen alarmieren das Bürgertum. Seine Presse macht gegen die „drohende Gefahr der immer lebhafter werdenden kommunistischen Tätigkeit, die aus geheimer Wühlarbeit zu offener Rebellion übergeht", scharf.

Der neue Minister des Innern Dolmarowicz hat mitgeteilt, daß er gesonnen sei, in der nächsten Zeit ein Antikommunistengesetz, ähnlich wie es in Jugoslawien und Rumänien beschlossen wurde, einzubringen.

*

Auch in der oberschlesischen Arbeiterschaft gärt es wegen der Nichtbezahlung der sogenannten Putschzulagen, nach der glatten Ablehnung durch die Interalliierte Kommission. Das „8-Uhr-Abendblatt" meldet: „Die Kommunisten haben sich jetzt der Angelegenheit bemächtigt und in einer Zusammenkunft der Betriebsräte in Gleiwitz die Parole ausgegeben, den Kampf um die Putschzulage aufzunehmen. Die Arbeiterschaft der einzelnen Betriebe hat nun zur Parole der Kommunisten Stellung genommen und forderte mit großer Mehrheit die Betriebsräte auf, den Kampf der Kommunisten nach Kräften zu unterstützen. Für die nächsten Tage stehen Protestaktionen bevor."

Die Arbeiterschaft hat es eben satt, sich weiter an der Nase herumführen und zu Putschen mißbrauchen zu lassen. Die polnische Presse erklärt schon im voraus, sie werde sich einer „ungerechten" Völkerbundsentscheidung nicht fügen, dort stehen also neue schwere Kämpfe bevor. Der vierte Putsch muß deutsche und polnische Arbeiter zur Abwehr vereint finden.

England.

Die neue Kohlenkrise.

In dem Vertrag, den die englischen Bergarbeiter nach ihrer Niederlage mit den Zechenbesitzern abschlossen, war zunächst eine Uebergangszeit von drei Monaten vorgesehen. In dieser Zeit sollte ein allzu scharfer Lohnabbau dadurch verhindert werden, daß die Regierung den Zechenbesitzern Zuschüsse im Gesamtbetrage von 10 Millionen Pfund gewährte. Die Frist ist jetzt abgelaufen, und die Regierung weigert sich, weitere Zuschüsse zu bezahlen, obwohl von den 10 Millionen nur 7 Millionen Pfund ausgegeben worden sind. Die Bergwerksbesitzer erklären nun, daß sie ohne den Staatszuschuß nicht weiter arbeiten können, und beginnen mit einer massenhaften Entlassung der Bergarbeiter. Im Rhondagebiet sind 15 000 Bergleute arbeitslos, im Rhymneygebiet 4000 und in Aberdar 7000. Es handelt sich hier nicht um die gewöhnliche Arbeitslosigkeit, sondern um eine Sabotage der Unternehmer. Schon vor diesen Maßnahmen der Unternehmer war ein großer Teil der Bergarbeiter arbeitslos, in einzelnen Bezirken war die Zahl der Arbeitslosen auf 40 Prozent gestiegen, in den Eisenerzminen von Cleveland und Cumberland sind sogar 75 Prozent der Arbeiter seit sechs Monaten unbeschäftigt. Jetzt haben auch die Zechenherren in Nordwales bekannt gegeben, daß sie ihre Schächte bis auf weiteres schließen würden. Sie verlangen eine Neuregelung der Löhne und eine Verminderung der hohen Betriebskosten.

Der Lohnabbau in der Landwirtschaft.

Der seit langem angedrohte gewaltige Lohnabbau für die landwirtschaftlichen Arbeiter hat jetzt begonnen. Die Farmer von Norfolk haben verlangt, daß die Löhne von 46 Schilling die Woche auf 36 Schilling herabgesetzt werden. Sie erklärten, daß sie nicht bereit seien, wegen der Lohnverkürzung vor einem Schiedsgericht zu verhandeln. Sie stellten vielmehr den Arbeitervertretern ein Ultimatum, indem sie innerhalb einer kurzen Frist die Anerkennung der Lohnverkürzung um 10 Schilling pro Woche verlangen. Im Falle der Ablehnung dieses Ultimatums sollen die Arbeiter ausgesperrt werden. Der Sekretär der Norfolker Farmerunion erklärte, daß viele Farmer entschlossen seien, eine weitere Verkürzung der Löhne auf 30 Schilling in der Woche in der allernächsten Zeit durchzusetzen. Um diesen Maßnahmen starken Nachdruck zu verleihen, beginnen die Farmer in großzügiger Weise ihre Arbeiter zu entlassen. So wurden im Norfolker Bezirk in der vergangenen Woche allein 500 Landarbeiter arbeitslos gemacht. Ob die Landarbeitergewerkschaft unter den augenblicklichen Verhältnissen wagen wird, einen Kampf aufzunehmen, ist mehr als fraglich. Die Gewerkschaftsbürokraten auch dieser Gewerkschaft sind mitschuldig an der Niederlage der englischen Bergarbeiter im vergangenen Sommer, die sich immer deutlicher als Niederlage des gesamten englischen Proletariats herausstellt.

Das Arbeitslosenproblem.

Der Widerstand der englischen Arbeitslosen gegen ihre Verelendung beginnt unter der Führung der englischen Kommunisten stärker und umfangreicher zu werden. Lloyd George sah sich deshalb veranlaßt, über das Arbeitslosenproblem in einer öffentlichen Ansprache eine Erklärung abzugeben. Man hatte diese Rede mit Spannung erwartet, und ihre Dürftigkeit hat große Enttäuschung hervorgerufen. Nach den jetzt vorliegenden ungenauen Berichten versucht Lloyd George, das Arbeitslosenproblem mit zwei anderen Fragen in Verbindung zu bringen. Er führte aus, daß man diejenigen, die arbeiten wollen, nicht verhungern lassen dürfe. Voraussetzung indessen für die Regelung der Arbeitslosenunterstützung sei eine außerordentliche Sparsamkeit und Ruhe im Lande. Ideen, wie sie in Rußland heilig seien, dürfen in England nicht um sich greifen. Mit anderen Worten: Lloyd George verlangt, daß das englische Proletariat in eine neue, verschärfte Lohnreduktion einwilligt — das versteht er unter „außerordentlicher Sparsamkeit" —. Zweitens kündigt Lloyd George in seiner Rede eine Verkoppelung des Arbeitslosenproblems mit der Bekämpfung der täglich stärker werdenden kommunistischen Bewegung an. Er scheint zu hoffen, für diese Pläne die Unterstützung der englischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaftsbürokraten zu erhalten. Bei der Vergangenheit der Henderson, Thomas, Clynes usf. ist diese Möglichkeit keineswegs ausgeschlossen. Auf jeden Fall ist für die nächste Zeit eine bedeutende Verschärfung des Klassenkampfes in England zu erwarten.

Am Dienstag war in London eine große Demonstration der Arbeitslosen für die Freilassung der im Gefängnis sitzenden Stadtverordneten von Poplar geplant. Nach der vorliegenden Meldung haben sich große Arbeitermassen an dieser Demonstration beteiligt. Große Polizeikohorten verhinderten indessen den Aufmarsch beim Gemeinderat in Spring-Garden und auf der Trafalgar-Square.

London, 12. Oktober.

Bei den heute von den Arbeitslosen am Trafalgar-Platz veranstalteten Kundgebungen wurden zwei Polizisten verletzt, einer davon schwer.

Die sozialpatriotischen Führer werden in allen Versammlungen, in denen sie zu sprechen versuchen, ausgepfiffen. Thomas, der Führer der Eisenbahnergewerkschaft, konnte in Sheffield überhaupt nicht zu Worte kommen. Aehnlich erging es Henderson. Auch Macdonald wurde in Glasgow von der erbitterten Arbeiterschaft während seiner Rede fortwährend stürmisch unterbrochen. Die englische Arbeiterpartei versucht, die Erbitterung der Arbeitermassen als kommunistische Umtriebe hinzustellen.

Gewerkschaftliches.

Metallarbeiterstreik in Eberswalde.

Die Metallarbeiter der Firma Ardel und Galkowski, Eberswalde und der Firma Rülbock, Heegermühle stehen seit dem 21. September im Streik. Die Arbeiter fordern eine Lohnerhöhung, die Unternehmer wollen jedoch darüber nicht eher verhandeln, als die Arbeiterschaft sich mit der Verlängerung der Arbeitszeit einverstanden erklärt. Die letzte Errungenschaft der Revolution, die 46-Stundenwoche soll auf 48 Stunden ausgedehnt werden. Aber die obigen Firmen führen nicht allein diesen prinzipiellen Kampf, sondern die treibende Kraft ist der dahinterstehende Metallindustriellen-Verband Berlin-Brandenburg.

Streik der Bauarbeiter in Württemberg.

In einer stark besuchten Versammlung beschlossen die Bauarbeiter vom Industriebezirk Stuttgart den Streik mit 1855 gegen 627 Stimmen. Die Göppinger Bauarbeiter sowie die Bauarbeiter Heilbronns stehen ebenfalls im Streik. Der Kampf wird sich über ganz Württemberg ausdehnen.

Der Syndikus der Unternehmer hatte die Bauarbeiter Stuttgarts verhöhnt mit der Behauptung, daß große Mengen Kartoffeln zu 50 M. der Zentner zu kaufen seien. Ein Zug von 4000 Bauarbeitern war daraufhin am Mittwoch vor dem Büro des Unternehmerverbandes erschienen, um von diesen Kartoffeln zu bestellen. Das württembergische Unternehmertum hat in den vorhergegangenen Verhandlungen jedes Entgegenkommen abgelehnt, ja sogar die Verlängerung der Arbeitszeit durchdrücken wollen. Die württembergischen Kapitalisten vertrauen auf die Hilfe der Ortsregierung, auf das Eingreifen der Polizei- und Einwohnerwehren. An der Einmütigkeit und Disziplin der württembergischen Bauarbeiter werden alle derartigen Manöver scheitern.

Zur Lohnbewegung der Buchdrucker.

Die Gehilfenschaft des Bezirks Essen geht selbständig vor.

Eine am 2. Oktober stattgefundene Versammlung der tariftreuen Buchdruckergehilfen des Bezirks Essen faßte nach einer Diskussion, in der die Entrüstung über das Berliner Abkommen und starker Kampfwille zum Ausdruck kamen, folgende Entschließung:

„Die am 2. Oktober im Nordparksaale versammelten Buchdrucker von Essen und den umliegenden Druckorten lehnen das neue Lohnabkommen als vollständig ungenügend ab.

Die Versammlung stellt folgende Forderung: Zu den in Berlin abgeschlossenen Lohnsätzen ist im Tarifkreise 2 die bisher gezahlte Sonderzulage in vierfacher Höhe in der höchsten Stufe an sämtliche Gehilfen zu zahlen."

Die Versammlung gelobte, mit allen Kräften hinter diesen Forderungen zu stehen.

Falls das Kreisamt diese Forderungen ablehnt, wird der Gauvorstand beauftragt, sofort eine Gauversammlung für Rheinland-Westfalen einzuberufen zwecks Bildung der Einheitsfront im Kreise 2.

Weiter fordert die Versammlung den Zentralvorstand auf, in Zukunft die Tarifverhandlungen mit den anderen graphischen Verbänden gemeinsam zu führen, damit ein eventueller Lohnkampf geschlossen geführt werden kann.

Der Streik der Berliner Holzarbeiter geht weiter.

Die streikenden Berliner Holzarbeiter haben heute vormittag in zwei überfüllten Versammlungen den allein die Unternehmerinteressen wahrnehmenden Schiedsspruch einstimmig abgelehnt.

In einem Moskauer Spital.

Ein großer weißer Saal, in dem etwa dreißig Betten stehen. Alle Kranken tragen die gleichen Krankenkittel, aber für ein geübtes Auge ist es nicht schwer, zu erkennen, wer Arbeiterin, wer Bäuerin ist und wer aus den kleinen bürgerlichen und ehemaligen bürgerlichen Kreisen stammt.

Das Bild, das das Spital bietet, trägt, wie alles in Sowjetrußland, den Stempel der Revolution.

Zunächst die Kranken selber.

Am Fenster liegt Nastja, eine Buchbinderin. Sie hat ein dickes, gutmütiges Gesicht und gepflegte weiße Hände. Schön ist Nastja nicht, dafür aber recht lebhaft, kritisch und selbstbewußt. Wenn sie zwischen zwei Mahlzeiten Zeit hat, beginnt sie sich über alle Mißstände des heutigen Lebens zu beklagen. Früher haben auch die Arbeiter zuweilen weißes Brot und Kringel gegessen. Jetzt ist es vorbei. Nicht einmal Schwarzbrot ist genug da. Die warmen Kopftücher, die die Arbeiterinnen dieses Jahr vom Bekleidungsamt erhalten haben, kamen einen Monat zu spät. Hier und da sind die Behörden unzuverlässig. Diebstähle und Bestechungen kommen weiter vor. Mit einem Wort: Nastja hat viel Belastungsmaterial gegen die Sowjetregierung angesammelt, und donnert los.

Die ehemaligen Bürgerlichen, die leicht erkennbar sind, daß sie lauter als alle übrigen Kranken stöhnen, Faxen machen und Spitzennachthauben mit farbigen Seidenbändern tragen, stimmen begeistert Nastja zu.

„Seht," sagen sie triumphierend, „selbst eine Arbeiterin mag eure Diktatur des Proletariats nicht leiden." Nastja rümpft die Nase. Diese Schlußfolgerung scheint ihr nicht sehr zu gefallen.

Eine blasse, magere Arbeiterin, die neben Nastja liegt, wendet sich ihr zu.

„Wer warst du vor der Revolution?" fragte sie.

„Dienstmädchen," antwortet Nastja.

„Ist es dir gut dabei gegangen?"

„Ich wünsche dir nicht, den ganzen Schmutz auszustehen, den ich ausgestanden habe," sagt Nastja.

Weitere Fragen und Antworten folgen. Die blasse Arbeiterin verteidigt die Sowjetregierung vor Nastjas Angriffen nicht. Sie läßt Nastja nur allmählich von ihrem früheren und ihrem jetzigen Leben erzählen, und es stellt sich folgendes heraus:

Früher hat Nastja in einem halbdunklen Dienstmädchenkämmerlein gewohnt und hatte nur alle vierzehn Tage einen halben Tag frei, sonst war sie bis tief in die Nacht hinein beschäftigt. Irgendwelche geistige Interessen hatte sie nicht und kam nur mit ein paar Freundinnen und jungen Leuten zusammen.

Jetzt mietet Nastja ein Zimmer in einer Arbeiterfamilie, wo sie ungestört liegt, wenn sie von der Arbeit kommt. Abends geht sie öfter ins Theater, Oper, Drama oder Ballett, je nach Belieben. Die Theaterkarten erhält sie, wie alle Arbeiter, unentgeltlich durch ihre Gewerkschaft.

An anderen Abenden besucht sie den Arbeiterklub ihres Bezirks, wo unlängst eine Neujahrsfeier mit Konzert und Tanz stattgefunden hat. Nastja ist nicht getraut, aber sie hat einen Mann, der Rotarmist ist. Wenn er in Moskau ist, erzählt er ihr alle möglichen interessanten Dinge aus dem Leben der Roten Armee. Nastja scheint ihn zu lieben. Sie hat aber die letzten drei Monate keine Briefe von ihm bekommen.

„Vielleicht hat er mich vergessen, oder eine Bessere gefunden," meint sie melancholisch.

„Und was wirst du tun, wenn es so ist?" fragt ihre Nachbarin.

„Zuerst weinen und dann mich trösten," antwortet Nastja. „Ich bin ja selbständig, kann auch ohne ihn leben."

„Nun sage selbst, Nastja, hat dir die Sowjetmacht mehr Gutes oder mehr Schlechtes gebracht?" wirft eine Kommunistin ein.

Nastja lacht. „Paß mal auf, wenn jemand sie anrührt, nehme ich sofort die Flinte auf den Buckel. Ich nehme schon jetzt an der allgemeinen militärischen Ausbildung der Arbeiterschaft teil."

Die Bürgerlichen sind enttäuscht. Die Arbeiterinnen lachen: „Na, wenn du Querkopf schon die Rotemacht verteidigen willst, kann sie ruhig sein."

Ein tiefer Seufzer läßt sich von einem der Betten hören. Eine alte Waschfrau, die an Krebs in der nächsten Zeit zugrunde gehen muß, hat wieder einen Schmerzensanfall. Als er vorbei ist, faltet sie ihre zitternden, schwieligen Hände und sagt: „Ja, die Jungen, die haben jetzt ein leichtes Leben, nicht wie seinerzeit wir."

(Schluß folgt.)

Aus der Provinz.

Die „gnädige Frau" als Hühnerdieb.

Auf dem Dominium Groß-Porschnitz, Kreis Militsch, sind in letzter Zeit wiederholt den Arbeitern Hühner gestohlen worden, ohne daß man den Dieb finden konnte. In der letzten Woche kam nun das Dienstmädchen des Dominiumpächters Urban zu einem Arbeiter und gab an, daß ein Teil der Hühner im Stall der gnädigen Frau, ein Teil von dieser schon geschlachtet und verzehrt sei. Bei einer vom Landjäger vorgenommenen Haussuchung wurde die „gnädige Frau" als der Dieb festgestellt. Ein famoses Bild, fürwahr. Die „Herrschaft", die die Arbeiter ausbeutet, frißt ihnen noch die Hühner weg.

Peterswaldau. In einer gutbesuchten öffentlichen Volksversammlung sprach am Donnerstag abend der Genosse Scholze-Berlin über die Auswirkung des Friedensvertrages, über Steuern und Teuerung. In zweistündiger Rede zeigte er in leichtverständlicher Weise die Mißwirtschaft auf, die im Reiche und Kommune vorhanden sind. Er geißelte sehr sachlich das Verhalten der Parteien im „demokratischen" Staatsleben, vor allem einer Partei. Er wies den rechtssozialistischen Arbeitern nach, wie sie von ihren Führern seit 1914 bis zum Parteitag in Görlitz düpiert wurden und wie sie im Parlament für alle reaktionären Maßnahmen, die gegen die Arbeiterschaft gerichtet waren, stimmten. Die Haltung der Gewerkschaften nahm der Redner ebenfalls scharf unter die Lupe, die ebenso wie die sogenannten „Arbeiterparteien" niemals ihr Schwergewicht in die Wagschale werfen, um die Existenz zu sichern und die Ausbeutung zu verhüten. Er forderte die Anwesenden auf, die Organisationen, denen sie angehören, zu zwingen, den Kampf gegen die unerhörten Steuern und gegen die Teuerung zu führen. Ihr Ziel muß sein, die Existenz den Arbeitern zu sichern, gegen die direkte und indirekte Ausbeutung durch die Kapitalisten zu kämpfen. Dies sei die beste Möglichkeit, die durch die Kriegs- und Revolutionspolitik der Sozialdemokratie zerrissene Arbeiterschaft wieder zusammenzuführen. Da trotz mehrfacher Aufforderung sich kein Gegner meldete, konnte die von gutem Geist und Wollen beseelte Versammlung geschlossen werden. Eine Tellersammlung ergab den Betrag von 43,— M.

Eine Siedlungskomödie.

Von A. K.

Vorspiel:

Die Deutsche Nationalversammlung erließ am 11. August 1919 ein Reichssiedlungsgesetz, in dem es u. a. heißt: § 15 „Wo ein dringendes, auf andere Weise nicht zweckmäßig zu befriedigendes Bedürfnis nach besiedlungsfähigem Lande besteht, hat der Landlieferungsverband das Recht, geeignetes Siedlungsland aus dem Besitzstand der großen Güter gegen angemessene Entschädigung im Wege der Enteignung in Anspruch zu nehmen. Ueber die Enteignung, ihre wirtschaftliche Zweckmäßigkeit und die Höhe der Entschädigung entscheidet ein ständiger Ausschuß, der aus einem, von der Landeszentralbehörde zu bestimmenden Vorsitzenden und je einem Vertreter des Landlieferungsverbandes und des Siedlungsunternehmens besteht."

1. Akt.

Der ständige Ausschuß für Niederschlesien am 22. Juni 1921 bei der Arbeit.

Personen: 1. Landeskulturamts-Präsident Dr. Fechner aus Breslau, 2. Landesältester und Rittergutsbesitzer von Eicke aus Marschwitz, 3. Regierungs- und Landesökonomierat v. Gräwenitz aus Breslau.

Fechner: Der Landlieferungsverband Niederschlesien stellte am 17. März 1921 den Antrag, aus dem, den Geschwistern Kurt, Helene und Margarete Landsberg gehörenden Rittergute Mangschütz gewisse Teile, 149 Morgen (1 Morgen = ¼ Hektar), aus den Schlägen IV und V der Gutskarte von Mangschütz zugunsten der Gemeinde Mangschütz, nebst Kolonie „Neue Welt" zu enteignen. Ferner 72 Morgen für die Gemeinde Tarnowitz.

Ritter v. Eicke: Was sagen dazu die Eigentümer des Rittergutes Mangschütz?

Fechner: Die Eigentümer weisen zunächst darauf hin, daß sie 34 Hektar bereits vor 1919 und 43,53 Hektar im Jahre 1919 an Pächter von Mangschütz und Neue Welt abgegeben haben. Außerdem 30 Hektar an Besitzer aus Görditz verkauft haben. Nach Abzug der bisher verpachteten und verkauften Teile des Rittergutes bleiben von den 950 Hektar Gesamtfläche des Gutes mit 721 Hektar landwirtschaftlich nutzbarer Fläche nur noch 2454 Morgen landwirtschaftlich nutzbarer Fläche zur Selbstbewirtschaftung. Die Fläche sei zum größten Teil von sehr wenig fruchtbarer Beschaffenheit, da zu ihm etwa nur 425 Morgen kleefähigen Bodens gehört. Würden die kleefähigen Schläge IV und V der Bewirtschaftung des Gutes entzogen, sei dieses nicht mehr in der Lage, den für den wirtschaftlich gerechtfertigten Viehbestand von 250 Stück Rindvieh und 40 Pferden erforderlichen Klee zu bauen. Mit Rücksicht darauf erachten sie jede weitere Hergabe von Siedlungsland, namentlich aus den Schlägen IV und V der Gutskarte für unbegründet. Weiter sei zu beachten, daß die angeforderten Schläge in der Nähe des von dem Hauptwirtschaftshofe etwa 3 Kilometer entfernten Vorwerkes Zelline liegen und stets von diesem aus bewirtschaftet werden. Dieses und eine in der Nähe liegende Feldscheune würden dadurch überflüssig.

Die Eigentümer des Rittergutes haben den Siedlungslustigen aus Mangschütz eine gewisse Fläche des Gutsgeländes in der Nähe der Grenze der Pechhütte zur Verfügung gestellt. Die Annahme dieses Geländes ist aber von den Beteiligten aus Mangschütz angeblich wegen zu weiter Entfernung und zu schlechter Bodenbeschaffenheit abgelehnt worden. Die vorgenommene Besichtigung hat aber ergeben, daß die Flächen für kleinbäuerliche Wirtschaften zur Siedlung wohlgeeignet sind. (?) Die etwas größere Entfernung von ihren Wirtschaftshöfen ist nicht von so großer ausschlaggebender Bedeutung. (!?)

Neues Land für die Siedlungslustigen aus Neue Welt und Tarnowitz herauszugeben, haben die Eigentümer des Rittergutes abgelehnt. Erstere seien eine Ansiedlung von Waldarbeitern, die von der Staatsverwaltung gegründet wurde, und letztere hätten Gelegenheit gehabt, bei der Aufteilung der Domäne Karlsmarkt, ihre seit Jahren, trotz des schlechten und weiten Weges gepachteten Ländereien zu Eigentum zu erwerben. Ueberdies seien auch die Ansprüche der Siedlungslustigen durch deren wirtschaftliche Verhältnisse nicht für gerechtfertigt zu erachten. (!)

Von Gräwenitz, von Eick und Fechner beschließen:

„Die Anträge der Siedlungslustigen sind unzulässig, soweit sie die Enteignung von 72 Morgen für Tarnowitz anbelangen, werden sie einem weiteren Verfahren vorbehalten. (Die Prüfung des Antrages wird wohl nochmals eine Zeitdauer wie die vom 17. März bis 22. Juni brauchen, um zu ähnlichem Beschluß zu kommen.)

Gegen den Beschluß des ständigen Ausschusses ist Beschwerde zulässig. Sie muß innerhalb vier Wochen vom Tage der Zustellung an beim Präsidenten des Landtagsamtes eingebracht werden."

2. Akt.

Die Siedlungslustigen beschweren sich bei Fechner über Fechner u. Co.

Beschwerde: Gegen den Beschluß des ständigen Ausschusses für die Provinz Niederschlesien beim Landeskulturamt Breslau vom 22. Juni 1921 in der Enteignungssache von Mangschütz legen die unterzeichneten Interessenten der Gemeinde Beschwerde ein.

Begründung.

Das 950 Hektar große Rittergut Mangschütz, das eine nutzbare Fläche von rund 2884 Morgen Acker und rund 400 Morgen Wiese hat, hatte bis zum Jahre 1919 an Mangschütz und Neue Welt 136 Morgen verpachtet. Es ist hier besonders zu beachten, daß diese 136 Morgen alten Pachtackers, vom Gute, solange es sich in Landsbergschen Besitz befindet, niemals bewirtschaftet wurden.

So verhält es sich auch vorwiegend mit dem an Grodítz abgegebenen Acker im Ausmaße von 30 Hektar. Demnach hat das Gut bis 1919 rund 3028 Morgen bewirtschaftet. Im Jahre 1919 hat die Gutsverwaltung weitere 174 Morgen an Mangschütz und Neue Welt pachtweise abgegeben, so daß jetzt 2852 Morgen bewirtschaftet werden.

Mit den Neuforderungen beträgt das abzugebende Land 651 Morgen. Dies bedeutet von der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Landsbergschen Besitzungen 20 Prozent. Da aber 256 Morgen nie von der Landsbergschen Verwaltung bewirtschaftet wurden, würde die Abgabe überhaupt nur 14 Prozent betragen. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß das bisher abgegebene Land nur leichter Boden ist.

Wir stellen fest, daß das Rittergut Mangschütz nicht nur 425 Morgen, sondern insgesamt mindestens 900 Morgen kleefähigen Boden besitzt. Unsere Feststellungen stützen sich auf die sicheren Beobachtungen alteingesessener landeskundiger Kolonisten und Bauern. Auch die eingetragenen Bodenklassen des Gutes weisen kleefähigen Boden in dem von uns angegebenen Umfang auf. Damit wäre das Haupthindernis für die Enteignung der Schläge IV und V behoben.

Die sich auf Zelline beziehenden Behauptungen sind falsch und irreführend. Hierzu stellen wir fest, daß:

die genannten Schläge von Zelline aus nicht bewirtschaftet werden, und auch seit Jahrzehnten nicht bewirtschaftet worden sind, da sich in Zelline nur ein Viehwärter mit Familie befindet.

Was die Feldscheune anbelangt, so genügt es wohl, darauf hinzuweisen, daß neben oder in der Nähe der Scheune fast alljährlich mehrere Getreideschober stehen. Die Feldscheune kann also bei Verlust der Schläge V und VI keineswegs entwertet sein, denn sie wird von den anderen angrenzenden Schlägen noch vollauf gefüllt.

In Mangschütz sind 70 Morgen Land zur Verfügung gestellt worden, welche zu Siedlungszwecken ungeeignet sind. Bis auf einen Streifen längs des Weges ist dieser Schlag leichter Sandboden. Eine Zuteilung dieses Bodens würde eine Hebung der kleinen Stellen nicht bedeuten. Die Interessenten bestehen deshalb auf Enteignung von Schlag VI.

Für die Kolonie Neue Welt kann ein anderer Schlag als Schlag V nicht in Frage kommen, da die Interessenten überwiegend leichten Sandboden haben und notwendig zum Anbau von Futter etwas besseren Boden haben müssen. Die Behauptung, es handle sich um eine Holzschlägerkolonie, entspricht nicht mehr den heutigen Tatsachen. Die herangewachsenen Söhne der kleinen Besitzer arbeiten sowieso als Holzschläger und auch trotz des geforderten Landes werden die jüngeren Besitzer weiter im Walde Beschäftigung suchen, so daß die Interessen der Waldbesitzer und des Forstfiskus durch die Anliegersiedlung absolut nicht beeinträchtigt werden. Wird das erforderliche Land den Interessenten nicht zugeteilt, so ist ein Teil der Söhne gezwungen, sich auswärts Arbeit zu suchen, was bei den heutigen Verhältnissen außerordentlich schwierig ist.

Im allgemeinen bemerken wir noch, daß die abgabepflichtigen Landsbergschen Erben mehrfache Millionäre sind, für welche die Abgabe des Landes eine Lappalie bedeutet, wohingegen den Siedlungsinteressenten auf Generationen hinaus ihre Existenz gesichert würde. Kämen also für die Ablehnung nur volkswirtschaftliche Rücksichten in Frage: Nach eigenen Angaben hält das Gut Mangschütz auf dem gesamten Besitz 250 Stück Rindvieh, also auf 10 Morgen 1 Stück. Die Kleinbesitzer halten aber schon auf vier bis sechs Morgen ein Stück Rindvieh, so daß nach Hergabe des Landes an Kleinbesitzer das Doppelte an Vieh auf derselben Fläche gehalten wird. Vor allen Dingen aber werden die Kleinbesitzer dadurch erst spannfähig.

Diesen Tatsachen gegenüber müssen unseres Erachtens die geringen Nachteile, welche einigen reichen Leuten erwachsen, unter allen Umständen zurücktreten.

Mangschütz, den 13. August 1921.

Die Siedlungsinteressenten.

3. Akt.

Fechners Antwort.

In der Enteignungssache von Mangschütz, Kreis Brieg, teile ich Ihnen auf die von Ihnen und anderen Landbewerbern eingereichte Beschwerde mit, daß sie unberücksichtigt bleiben muß, weil den Landbewerbern in vorliegendem Falle ein Recht zur Beschwerde nicht zusteht. Ein solches Recht ist nach § 2 des Ausführungsgesetzes vom 15. Dezember 1919 zum RSG. nur dem Antragsteller, dem Eigentümer, und jedem, dem in Ansehung des Grundstücks ein Recht zusteht, eingeräumt. Zu den danach Beschwerdeberechtigten gehören demnach die Landbewerber nicht. Ihre Rechte werden in dem Enteignungsverfahren durch den Landlieferungsverband als Antragsteller wahrgenommen. Da nun weder der Landlieferungsverband Niederschlesien noch ein anderer Beschwerdeberechtigter in der gesetzlich zulässigen Frist Beschwerde eingelegt hat, ist der Beschluß des ständigen Ausschusses vom 22. Juni rechtskräftig geworden.

4. Akt.

Wir Kommunisten fragen:

Welche Lehren haben die Siedler daraus zu ziehen?

Antwort: Daß im kapitalistischen Staate ein himmelweiter Weg vom Gesetze-Beschließen bis zum Gesetze-Ausführen ist. Daß die Gesetze des bürgerlichen Parlaments, trotz manchmal freundlicher Fratze gegen die Kleinen, in ihrer Ausführung immer zugunsten der Großen angewandt werden können und angewendet werden.

Siedler! Kleinlandwirte! Eure Hoffnung auf eine gesicherte Existenz wird eine Hoffnung bleiben, solange die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung besteht. **Schließt deshalb die Einheitsfront aller Arbeitenden, durch deren gemeinsamen Kampf die jetzigen Verhältnisse beseitigt und auf kommunistischer Wirtschaftsgrundlage Grund und Boden und Fabriken und sämtliche Produktionsmittel im Interesse des arbeitenden Volkes durch das arbeitende Volk ausgenützt werden.**

Aus dem Waldenburger Revier.

Prügelnde Grubenaufseher.

Es gibt noch immer Leute, die, wenn sie von den Grubenbaronen in eine „Aufseher"stelle gehoben werden, sofort ihre proletarische Herkunft verleugnen. Sie schmieren sich bei ihren Vorgesetzten an und schuhriegeln ihre „Untergebenen".

Auf dem Klaraschacht in Rothenbach wurde ein Schlepper von einem Aufseher, der ihn beschuldigte, einen Wagen vom Zug abgehängt zu haben, so geschlagen, daß ihm das Blut aus Mund und Nase lief. Durch Zeugen wurde festgestellt, daß der geschlagene Schlepper vollständig schuldlos ist. Selbst wenn der Schlepper nicht schuldlos war, durfte sich die Belegschaft ein derartiges brutales Verhalten nicht gefallen lassen. Als der Betriebsrat beim Betriebsführer vorstellig wurde, bekam der Aufseher eine Rüge (!). In einer Belegschaftsversammlung war man mit der Rüge vorläufig zufrieden und vertagte die Sache um acht Tage.

Die Unternehmer können sich tatsächlich über solch geduldige Arbeiter freuen. Anstatt sofort zu verlangen, daß dieser prügelnde Sklavenhalter sofort entlassen wird, und solange die Arbeit einzustellen, gibt man sich mit einer Rüge zufrieden und vertagt die Sache um acht Tage.

Versammlungskalender.

KPD. Breslau. Distrikt 4/14. Freitag, 14. Oktober, abends 7½ Uhr, Distriktsabend, Gellhornstr. 22. — Distrikt 3/13. Freitag, 14. Oktober, abends 7½ Uhr, Distriktsabend. Die Genossen werden aufgefordert, zahlreich zu erscheinen.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48, Tel. Lützow 1936 und 1957.

Soeben erschienen!

Die Breslauer politische Polizei vor den Geschworenen

Bericht vom Prozeß gegen den Bezirks-Sekretär der K.P.D., Bezirk Schlesien, Klein-Scheyer wegen Landfriedensbruch

Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau

Preis 1 Mark

Zeltgarten
Täglich 7½ Uhr:
Das glänzende
Varieté-Programm

Schauspielhaus.
Operettenbühne. Tel. Ring 2545
Montag und Freitag 7½ Uhr:
Das Hollandweibchen.
Dienstag und täglich 7½ Uhr:
Der Opernball.
Sonntag nachmittag 3½ Uhr:
Die Frau im Hermelin.

Möbel aller Art
zu streng soliden Preisen
L. Rosner, [illegible] 3

Für Flechten-Kranke!
Nassen-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden heile ich unter Garantie mit meinem vielbewährten Flechtenbalsam in 8 bis 14 Tagen. [illegible] Preis 25 Mark.
F. Müller, [illegible], Bremen, Große Krummenstraße 23.
Sprechstunden: 9 bis 10 und 3 bis 4 Uhr.

Die neuen Reichssteuern
belasten jede fünfköpfige Arbeiterfamilie jährlich mit 9000 Mark!
Unerhörtes Elend, grenzenlose Teuerung :: sind die unausbleibliche Folge ::
Arbeiter! Kleinbauern! Handwerker! Beamte!
Nur die Kommunisten kämpfen ehrlich gegen diesen Steuerraubzug der Besitzenden

Ich bestelle hiermit ___ Exemplar der
„Schlesischen Arbeiter-Zeitung"
Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands.
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)
Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.
Abonnementspreis frei Haus monatlich 6.10 M., wöchentlich 1.50 M.
Name: ____
Beruf: ____
Ort: ____
Straße und Hausnummer: ____